

Befreiung durch Evolution

Unter diesem Titel und mit dem nicht minder vielsagenden Untertitel „Die ‚Abweichung‘ als Rettungsweg“ ist im Februarheft des *Monat* eine außerordentlich interessante Arbeit von Prof. *Sidney Hook* (New York) erschienen. Ganz ähnlich wie unser Mitarbeiter *Miklos Molnar* in seinem Aufsatz „Überlegungen zur Ungarnfrage“ (Gewerkschaftliche Monatshefte, Februar 1958) sieht der amerikanische Autor „für den kommenden Abschnitt der Geschichte die einzige realistische Aussicht in einer Befreiung durch Evolution“ und fügt hinzu: „Darunter verstehe ich die sich im Rahmen der ideologischen Tradition des Marxismus-Leninismus vollziehende allmähliche Umwandlung des totalitären Systems der Satellitenstaaten in eine freiheitliche Kultur, in der die wichtigsten politischen und kulturellen Freiheiten einer offenen Gesellschaft legal anerkannt und auch faktisch verwirklicht sind.“

Sidney Hook betont dann: „Heute gibt es in vier Gebieten der Welt unter dem Namen des Kommunismus oder Marxismus vier untereinander höchst verschiedene Theorien und Praktiken des sozialistischen Aufbaus — in der Sowjetunion, in China, in Jugoslawien und in Polen.“ Diese „höchst verschiedenen Theorien und Praktiken“ untersucht er dann analytisch, um zu folgender Perspektive zu gelangen:

„Nach dem täppischen Versuch einer Entstalinisierung durch Stalins Komplizen, nach der polnischen Unabhängigkeitserklärung und dem heroischen Kampf der ungarischen Nation gegen ihre russischen Unterdrücker haben sich die Dinge einschneidend verändert. Auch ohne Krieg und ausländische Intervention, auch ohne eine gewaltsame Revolution wird die intellektuelle Elite aller kommunistischen Länder jetzt in jeder Generation und in jeder gesellschaftlichen Gruppe oder Klasse kritische Geister hervorbringen, die mit dem Ideal der Freiheit aufgewachsen sind, wie es bei den Klassikern des Marxismus und des Humanismus seinen Niederschlag fand; diese unabhängigen Geister werden sehr wohl die Diskrepanz zwischen den sowjetischen Versprechungen und ihrer Erfüllung bemerken, den kommunistischen Verrat an fast allen freiheitlichen Idealen, die einst die sozialistische Bewegung entflammten. Ihre Gegenwart wird, ob nun deutlich vernehmbar oder beredt schweigend, eine permanente Opposition gegen jegliche kulturelle und politische Tyrannei bilden. Diesen kritischen Geistern aber muß vor allen Dingen deutlich gemacht werden, daß ihre Situation, ihre Probleme, ihre Kämpfe und ihre Leiden über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus bekannt sind.“

Abschließend erklärt Sidney Hook: „Nach den geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts trägt ein ‚Aufweichungsprozeß‘ auf irgend einem kulturellen Sektor einer totalitären Gesellschaft die Tendenz in sich, sich nicht nur auf die benachbarten kulturellen Bereiche auszudehnen, sondern auch auf das politische Ge-

biet überzugreifen. Der Kummer und der Zorn der sowjetischen Führer über die ungarischen und polnischen Intellektuellen, veranlaßt durch die Verwirklichung ihrer ketzerischen Ideen, ist nur zu begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Ideen dieser Männer auf lange Sicht auch *politisch* infektiös wirken müssen. Die Logik einer solchen Situation besagt, daß alle Konzessionen, die den Künstlern, Literaten oder Wissenschaftlern gewährt werden, die Konsequenz zu weiteren Konzessionen in sich tragen, die im Falle ihrer Verweigerung die Aufrichtigkeit der zuerst gemachten Konzessionen in Frage stellen. Die Geschichte hat oft gezeigt, daß große Umwälzungen sich schneller vollziehen, wenn die Dinge erst einmal in Fluß gekommen sind. Verzweiflung lähmt den Willen zur Aktion, besonders zur gefährlichen Aktion, Hoffnung belebt sie. Wir können sicher sein, daß die ersten kleinen Freiheiten, die den Menschen in den Satellitenländern jetzt gewährt werden, nachdem sie ihrer fast zehn Jahre lang beraubt waren, einen gewaltigen Hunger nach mehr Freiheit hervorrufen werden. Und vielleicht wird dieser Freiheitsdrang sich auch in der Sowjetunion selbst bemerkbar machen.“

Geht alle Staatsgewalt vom Volke aus?

So fragt *Chrysostomus Zodel* im Februarheft der in München erscheinenden Monatsschrift *Politische Studien*. Der Verfasser, Chef vom Dienst und politischer Kommentator bei den „Stuttgarter Nachrichten“, führt in seiner Untersuchung eine Reihe von Gründen an, die eine erhebliche Einschränkung der Wirksamkeit von Artikel 20 des Grundgesetzes „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ mit sich bringen. Wir müssen uns darauf beschränken, zwei dieser kritischen Hinweise Zodels zu zitieren.

Der eine bezieht sich auf „die Sorge über das widerdemokratische Wirken der Interessenverbände“, wobei Zodel betont, daß diese Sorge nicht nur in der Bundesrepublik bestehe: „Die Musterdemokratie der Vereinigten Staaten muß sich immer wieder überlegen, wie sie verhindern kann, daß die zur Demokratie gehörenden Druckgruppen nicht die Demokratie selbst erdrücken. So müssen sich die Lobbyisten in Washington registrieren lassen. Für die Bundesrepublik wäre es gut, wenn sie zumindest die Wachsamkeit gegenüber dieser Gefahr dadurch verstärken würde, daß jeder Abgeordnete, der Mitglied eines Interessenverbandes ist, dies öffentlich bekennen muß. Es wäre weiter zweckdienlich, wenn die einzelnen Interessengruppen zu Gesetzentwürfen öffentlich angehört würden“ — ein Verfahren, das bekanntlich in zwei alten Demokratien, in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz, in verschiedener Form angewendet wird. „Es müßte geradezu Pflicht sein“, fährt Zodel fort, „daß Interessenvertreter unter den Abgeordneten nicht auch noch zu Gärtnern dieser Interessen im Parlament ge-

macht werden. Der Leiter des deutschen Industrieinstituts als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses ist eine Fehlbesetzung, ebenso wie der CDU-Abgeordnete Berendsen im Verteidigungsausschuß am falschen Platz ist.“

„Bücher, die nicht offen liegen“, ist dann der Schlußabsatz der zitierten Arbeit überschrieben; hier erinnert der Verfasser an Artikel 21 des Grundgesetzes, in dem, „geplagt von der Erinnerung daran, wie die Schwerindustrie einst einen Herrn Hitler finanzierte“, der Parlamentarische Rat bestimmt hat, daß die Parteien „über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben müssen“. Das wurde 1949 festgelegt; seitdem sind fast zehn Jahre vergangen, aber: „Diese eindeutige Vorschrift der Verfassung ist bisher nur von der SPD beachtet worden, die alle zwei Jahre einen pauschalen Kassenbericht veröffentlicht. Die anderen Parteien benutzen die Ausrede, daß diese Verfassungsvorschrift erst durch ein Bundesgesetz näher geregelt sein müsse.“ Diese Parteien hätten sich jedoch „nicht sonderlich angestrengt, ein derartiges Gesetz zu verabschieden“, und „auch die gutachtenden Professoren verhalten sich zögernd“. Skeptisch und zugleich hoffnungsvoll schließt Zodel seinen Aufsatz mit den Worten: „Das Parteiengesetz hat noch gute Weile. Mit dem tiefgründigen Lächeln der Machtbesitzenden werden Mahnungen beiseite gewischt werden, und sie werden sich kaum überlegen, daß eine demokratische Garde, die ihrer eigenen Gesetze spottet, die eigene Ablösung vorbereitet. Denn: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Fernlenkung der Gehirne?

Als „eine tödliche Gefahr für die Demokratie“ bezeichnet der Bundestagsabgeordnete *Fritz Erler* in den *Frankfurter Heften* (Februar) gewisse raffinierte, in Princeton (USA) zur Zeit erprobte Reklamemethoden, die er als „eine Art mit umgekehrtem Vorzeichen stattfindender Gehirnwäsche in industrieller Großfertigung“ bezeichnet; es handelt sich um ähnliche Methoden der Massenbeeinflussung, wie sie unser Mitarbeiter Günter Friedrichs in seinem Aufsatz „Kommerzielles Fernsehen?“, im Februarheft unserer Zeitschrift, eindringlich dargestellt hat. Fritz Erler beschreibt nun in seinem Aufsatz, dem er den leise ironischen Titel „Die Gedanken sind frei. . .“ gegeben hat, die drohenden politischen Folgen dieser modernen Reklametechnik:

„Wir wissen, daß in jeder Gemeinschaft die Freiheit nicht unbeschränkt sein kann, sondern immer ihre Grenzen findet in der Freiheit des Mitmenschen und in dem wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit. Aber man darf nicht den Weg dazu ebnen, daß die freie Entscheidung des Staatsbürgers nur noch theoretisch besteht, weil er sich zwar subjektiv frei fühlt, in seinem Denken aber gar nicht mehr frei ist. Er würde nicht mehr selbst denken, sondern sein Denken würde von anderen gedacht werden. Das besorgt

zwar heute schon in gewissem Umfang jede Propaganda, aber noch entbehrt das System der Perfektion.

Es ist an der Zeit, darüber nachzusinnen, wie die Grundlage der Demokratie, die Willensentscheidung des freien Staatsbürgers, erhalten werden kann trotz den Errungenschaften der modernen Technik und der Wissenschaft von der Seele des Menschen. Aufklärung allein hat sich nicht als ausreichender Schutz erwiesen. Aber das kritische Bewußtsein, frühzeitig und auf geeignete Weise geweckt, schon im Elternhaus und in der Schule, bleibt doch der wirksamste Helfer, die Freiheit zu bewahren.

Darüber hinaus sollte gewiß auch für einige gesetzliche Abwehrmaßnahmen gesorgt werden, um den Mißbrauch der Technik zu Zwecken der Fernlenkung der Gehirne zu verhindern. Mindestens auf dem Felde der Politik ist das vielleicht dadurch möglich, daß man der politischen Propaganda finanzielle Grenzen setzt, wie es in Großbritannien der Fall ist. Die Übertragung der Ergebnisse von Princeton auf die politische Propaganda würde ungeheure Geldmittel erfordern. Ein Weg, unsere Freiheit zu bewahren, besteht auch darin, den um die Macht ringenden Kräften nur einen einigermaßen gleichwertigen finanziellen Aufwand zuzubilligen. Es scheint an der Zeit zu sein, die mobilisierten Beträge, wie sie sich im letzten Wahlkampf vor allem auf einer Seite zeigten, noch verstärkt durch den Einsatz staatlicher Stellen, auf ein vernünftiges Maß einzuschränken. Die verschiedenen supra-modernen Beeinflussungsmittel, sollten sie mehr und mehr angewandt werden, heben sich dann gegenseitig auf, und es kann vielleicht doch das überdauern, worüber der Wähler eigentlich und in letzter Instanz entscheiden sollte: das Argument.“

Massengesellschaft und Theater

Über dieses Thema äußert sich *Henning Rischbieter* (Hannover) in einem sehr klugen Artikel, der in Nr. 6 der vom Verband der deutschen Volksbühnen-Vereine herausgegebenen Zeitschrift *Theater für alle* erschien. „Wir leben in der Massengesellschaft“, konstatiert der Verfasser, „aber über das Schicksal der Massengesellschaft, darüber, ob sie die Grundlage für den totalitären Ameisenstaat oder für ein freies Zusammenwirken freier und gleichgestellter Menschen werden wird — über das Schicksal der Massengesellschaft wird ebenso auf dem kulturellen wie auf dem politischen Gebiet entschieden. Ja, die Grundentscheidung fällt auf dem kulturellen Gebiet: in der Schule, an den Universitäten, in den Bibliotheken. Hier bildet sich der freie Geist, der selbstdenkende, hier entfaltet sich die Kraft, die dann im politischen Bereich tätig werden kann.“

In diesen geistig-soziologischen Zusammenhang stellt dann Rischbieter das heutige Theater,

dessen antiillusionistische, auflockernde, befreiende Funktion er mit treffenden Beispielen belegt, um dann zusammenzufassen: „Die gesellschaftliche Wirklichkeit von heute wird nicht verleugnet, sie wird dargestellt, aber transparent, und so, daß Kraft und freier Wille zur Veränderung bleiben. Dieses Theater, das Theater des freien schöpferischen Spiels, das Theater für denkende einzelne, ist notwendig für die Massengesellschaft, es ist notwendig, um die Chance der Massengesellschaft — freie, bewußte Lebensgestaltung vieler — zu nutzen und ihr Risiko — Abstumpfung und Verflachung — zu vermeiden.“

„Wenn das Theater aber dabei eine wesentliche Rolle spielen soll“, fährt Rischbieter fort, „muß es ein Theater der vielen Gleichgestellten sein, ein Volkstheater, ein (recht verstanden) Massentheater. Die Tore der Theater müssen weit offenstehen, sehr viele, wenn möglich alle Menschen müssen im Theater seelische Vertiefung und denkerische Bereicherung erfahren. Hier liegt die Aufgabe der Volksbühne in der Massengesellschaft . . . Niemand in der Volksbühne soll sich der Massenhaftigkeit ihrer Arbeit (im quantitativen Sinne) schämen, ist doch diese Arbeit (qualitativ gesehen) Mitwirkung am Prozeß der Individuation, geistigen Vertiefung und Freimachung. Die Massengesellschaft braucht das Theater, und sie braucht die Volksbühne als Mittler zwischen den Massen und dem Theater.“

Diese wichtige Mittlerfunktion der Volksbühne zwischen den Massen und dem Theater beschränkt sich bekanntlich nicht auf die Vermittlung billiger Theaterkarten; sie äußert sich auch in der Beeinflussung des Spielplans, insbesondere in der Ermöglichung der Aufführung wichtiger Werke, die ohne die Unterstützung der Volksbühnen nicht zur Aufführung kämen — und durch die Herausgabe wertvoller Zeitschriften, die den Mitgliedern der Volksbühne den Zugang zu den aufgeführten Werken erleichtern und darüber hinaus Aufsätze von allgemeiner Bedeutung veröffentlichen. Als Beispiele solcher wertvoller Zeitschriften seien die seit einiger Zeit von Henning Rischbieter redigierte Zeitschrift der Volksbühne Hannover *Die Volksbühne* und die *Blätter der Freien Volksbühne Berlin* sowie *Die Volksbühne* (Düsseldorf) genannt.

Auch auf die wertvolle Monatsschrift *Die Deutsche Bühne*, die der Deutsche Bühnenverein in Darmstadt herausgibt, sei bei dieser Gelegenheit wieder einmal hingewiesen; man findet dort auch immer wieder interessante Berichte über das Theater in anderen Ländern, so im Januarheft über die Situation des Theaters in Frankreich („Neubelebung durch Dezentralisation“ von Paul-Louis Mignon, Paris) und Italien, im Februarheft „Theatereindrücke aus Rußland und Polen“, ein Reisebericht von Boleslaw Barlog.

Dr. Walter Fabian